

**PRESSEMITTEILUNG**

Nr. 229 vom 23.11.2011

**Kritik an Änderung der Familienferienförderung**

**Schulz-Höpfner: Unterstützung durch Familien- und Wohlfahrtsverbände muss bestehen bleiben**

In der heutigen Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie verkündete die Platzeck-Regierung, die Mittel für die Familienferienförderung ab 2012 nicht mehr durch die Familien- und Wohlfahrtsverbände zu vergeben.

Monika Schulz-Höpfner, familienpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg, kritisiert diese Entscheidung und warnt vor den Konsequenzen:

„Seit 1993 hat sich die bisherige Praxis bewährt, die Familienferienförderung durch die Familien- und Wohlfahrtsverbände an bedürftige Familien zu vergeben. Die Verbände haben über diesen Zeitraum enge Kontakte zu den betroffenen Familien aufgebaut. Die individuellen Problemlagen der Familien sind den Mitarbeitern durch die oft seit Jahren bestehende Zusammenarbeit bekannt. Oftmals konnte dadurch den Familien durch Beratung und Unterstützung über die Bezuschussung der Familienferien hinaus geholfen werden.

Durch die Übertragung der Aufgabe an das Landesamt für Soziales und Versorgung, gehen diese wichtigen direkten Kontakte zu den Familien verloren. Es kommt hierdurch zu keinen tatsächlichen finanziellen Einsparungen, die in irgendeiner Weise die Übertragung rechtfertigen.

Diese Entscheidung ist daher kurzsichtig und wird modernen Ansprüchen der wichtigen Familienbildung in keiner Weise gerecht. Für mich ist das die Bestätigung dafür, dass es der rot-roten Landesregierung weniger um eine nachhaltige qualitätsgerechte Familienpolitik geht als vielmehr um das Abhaken irgendwelcher Maßnahmen nach dem Motto ‚Quantität vor Qualität‘.“